Tageblatt für Politik. [illegible]

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46.000 Exempl.

Dresden, 1888.

Theater- u. Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von Math. Klemich
Wilsdrufferstrasse 17, II. und III. Et.
Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben.
Costumes auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Neueste Börsen-Telegramme.

Breslau, 23. Jan. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Januar 47,60, April-Mai 50,40, Mai-Juni 51,00, do. 70 M. Januar 30,20, Mai-Juni —. Roggen Jan.-Febr. 118,00, April-Mai 119,00, Mai-Juni 122,00. Rüböl April-Mai 48,00, Mai-Juni —,—. Zink umsatzlos. — Wetter: Sehr trübe.

Stettin, 23. Jan. (Getreidem.) Weizen unv., loco 163—168, April-Mai 170,50, Juni-Juli 174,50. Roggen unverändert, loco 109—113, April-Mai 120,50, Juni-Juli 124,00. Pommerscher Hafer loco 102—108. Rüböl unverändert, Januar 48,00, April-Mai 48,00. Spiritus matt, loco ohne Faß versteuert 98,00, mit 50 Mark Konsumsteuer 49,30, mit 70 Mark Konsumsteuer 31,20, April-Mai 99,60. Petroleum loco versteuert 13,60.

Gelegenheit!
Eine Partie
Reinseid. Regenschirme für Damen u. Herren
mit hocheleganten Griffen. Stück 8 Mark.
8 Waisenhausstrasse 8.

Thüre zu! D.R. Patent. Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser Thürschliesser. Fernsprech-Anschluss Nr. 2100. Prospecte gratis und franco. 18,000 Stück im Gebrauch. Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 380.

Theater- u. Masken-Garderobe I. Ranges Bertha Streng, Schlossstr. 24, II. (vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts. Dominos in schwarz und couleurt.

Nr. 24. Spiegel: Russische Friedensversicherungen, neue Wehrvorlage, Florentiner Zwischenfall, preußische Finanzen, Streiks. Hofnachrichten. Landtag, Trichinenschau, Reblaus in der Lößnitz, Gottesdienst in der Trinitatisparochie, Lehrerconferenz. „Emilia Galotti." **Dienstag, 24. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Es verlohnt sich kaum noch, nachdem die friedliche Kundgebung des Czaren wirkungslos verpufft ist, auf die Friedensäußerungen der russischen Presse noch näher einzugehen. Zumal wenn sie mit so eigenthümlichen Auslassungen versetzt sind, wie ein neuerlicher Artikel des bekannten russischen Sprachrohres, des Brüsseler „Nord". Da man nämlich in Rußland sehr erstaunt ist, daß Europa trotz des czarischen Friedenswortes sich des Mißtrauens gegen die russische Politik nicht entschlagen kann, so kehrt man dort den Spieß um, klagt Oesterreich an, es trachte nach der Alleinherrschaft über die Balkanhalbinsel und verlangt von ihm die Wiederherausgabe von Bosnien und der Herzegowina. Es wird da recht viel unnöthiger Staub aufgewirbelt, um die einfache, klare Lage zu trüben. Und wenn die russischen Blätter mit der Miene gekränkter Biedermänner sich in der Betheuerung der friedlichsten Absichten erschöpften, werden sie doch keinen rechten Glauben finden, solange es Rußland nicht beliebt, seine Truppenansammlungen im Westen rückgängig zu machen, sowie greif- und brauchbare Vorschläge wegen friedlicher Beilegung der bulgarischen Wirren herauszubringen. Solange der Friedensbund der drei mitteleuropäischen Reiche besteht, liegen die Machtverhältnisse zu ungünstig für Rußland, als daß es einen Krieg ohne die Gewißheit des Unterliegens beginnen könnte. Auch weiß alle Welt, daß die Kriegsvorbereitungen des schwerfälligen Rußlands noch zu weit zurück sind, als daß es vor etlichen Jahren losschlagen könnte. Darum ist nach wie vor ein Krieg in den nächsten Zeiten nicht wahrscheinlich. Des Friedens aber wird Europa auch nicht recht froh. Beabsichtigt dies Rußland, so erreicht es dies allerdings. Nur soll es sich nicht einbilden, die wirklichen Friedensmächte mit seinen wohlfeilen Friedensbetheuerungen einschläfern zu können. Diese sind außerdem darauf berechnet, Stimmung für eine neue russische Anleihe zu machen. Wie würden sich die Panslavisten die Hocke voll lachen, wenn das einfältige Westeuropa ihnen abermals Hunderte von Millionen zu Kriegsvorbereitungen vorstreckte, damit Rußland, wenn Alles fertig ist, über die durch billige Friedensworte genarrten Nachbarn mit aufgehobener Faust herfallen könnte! Nein, so naiv ist man nirgends mehr. Wohl besteht auch in Rußland eine Friedenspartei, sie hat ihre Vertreter in hohen Stellungen, ihr Haupt ist der Czar; für die russische Friedenspartei ist aber die mächtigste **Stütze der Hinweis auf die Wachsamkeit, Stärke und Entschlossenheit der europäischen Friedensmächte.**

In letzterer Beziehung läßt es Deutschland an Nichts fehlen; es läßt es sich sogar ein gewaltiges Stück Geld kosten. 8 Millionen Mark jährlich wird Deutschland künftig mehr aufbringen, um die Kriegslust seiner unruhigen Nachbarn zu dämpfen und sie zum Friedenhalten zu zwingen. Denn auf so hoch, auf 230 Mill. Mk. veranschlagt man jetzt die einmaligen Kosten der Durchführung der neuen Wehrvorlage. Ihre genaue Summe hängt noch von dem Vortrag ab, den der nach Berlin zurückgekehrte Reichskanzler dem Kaiser Wilhelm halten wird. Man behauptet, wohl nicht ohne guten Grund, daß Fürst Bismarck auch die finanzielle Seite der militärischen Forderungen dem Kaiser darlegen wird. Im Frühjahr hat der Reichstag 300 Millionen für die Vermehrung des stehenden Heeres, Neuanschaffungen und sonstige militärische Maßregeln bewilligt; der jetzige Reichstag wird auch nahe an 250 Mill. zur Einkleidung und Bewaffnung der Landwehr 2. Aufgebotes und des Landsturmes bewilligen; endlich muß es aber doch damit genug sein. Die Militärverwaltung beruft sich auf das Bedürfniß; dem hat der Reichstag freudig entsprochen und wird es demnächst wieder thun. Aber wenn die Militärverwaltung naturgemäß den rein militärischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt, so ist es mit der vollen Anerkennung von dessen Berechtigung doch nicht abgethan. Unpatriotisch ist keinesfalls das Verlangen, daß sich auch die Militärverwaltung nur auf das schlechterdings Unabweisbare zu beschränken habe. In dieser Richtung darf man wohl annehmen, daß Fürst Bismarck nicht blos als General der Kavalerie, sondern auch als Reichskanzler, als allein verantwortlicher Reichsbeamter, seine Stimme erhebt.

Der Streitfall zwischen Italien und Frankreich, entsprungen aus einem geringfügigen Prozeßhandel in Florenz, ist durch eine weite Nachgiebigkeit Italiens geschlichtet worden. Die Franzosen haben allen Grund, sich des Erfolges ihres Ministers Flourens zu freuen. Nur die Radikalen murren, weil der Friedensrichter in Florenz nur auf einen anderen Posten versetzt, womöglich gar befördert, nicht aber gerügt oder bestraft worden ist. Wie immer beglückwünschen und bewundern sich die Franzosen auch bei diesem Streite mit dem Auslande wegen ihrer angeblichen Mäßigung und staatsmännischen Besonnenheit. Die übrige Welt hat von diesen Tugenden Nichts bei den Franzosen bemerkt. Leidenschaftslos ist es doch nicht, wenn man droht, Frankreich solle die 250,000 Italiener, die in Südfrankreich, besonders in Marseille, ihr Brod verdienen „und den Franzosen 200 Millionen Arbeitslöhne rauben" über die Grenze jagen und Alles dies — wegen einer Prozeßbagatelle! Ruhig kann man eine öffentliche Erörterung kaum nennen, wenn die Presse eines Landes das andere auf's pöbelhafteste beschimpft, verhöhnt und als außerhalb aller Civilisation stehend brandmarkt, blos weil dieses Land nicht gleich zu Kreuze kroch! Die radikale und sozialistische Presse von Paris ist eben eine Geißel ärgster Art. Gegenüber ihren Wuthausbrüchen hat die italienische Presse außerordentliche Ruhe und wirklich staatsmännische Gelassenheit beobachtet. Uns Deutschen konnte es nur ganz recht sein, daß die Italiener bei diesem kleinlichen Florentiner Streitfall klar erkannten, wie die Franzosen über sie denken und wessen Italien sich von Frankreich zu versehen hat. Der Grundton der französischen Aeußerungen war der, daß Italien grenzenlos undankbar gegen Frankreich und überhaupt ein untergeordnetes Reich sei, das einfach nach der Pfeife des mächtigen Frankreich zu tanzen habe. Da ist es denn den Italienern recht deutlich wieder vor die Seele getreten, wie Napoleon 1859 den italienischen Krieg nicht sowohl zur Befreiung Italiens, sondern zur Befestigung der napoleonischen Herrschaft geführt und daß er eigentlich ein Protektorat Frankreichs über Italien erstrebt hat, welches nur ein Anhängsel Frankreichs werden sollte. Alles, was Italien Frankreich schuldete, hat es durch Abtretung der Provinzen Nizza und Savoyen bezahlt. Jetzt ist es zur Großmacht herangewachsen, Dank der Unterstützung Deutschlands. Von Frankreich haben die Italiener nur Eins zu erwarten: Zurückstoßung in ein Dienstmann-Verhältniß zu Frankreich. Dagegen aber empört sich jedes italienische Herz. Der Florentiner Zwischenfall hat den Italienern gezeigt, wo ihre wahren Freunde sitzen. Wir Deutschen können mit seinem Ausgang zufrieden sein.

Der preußische Landtag verwandte zwei Sitzungen zu seinen Budgetberathungen. Es ist zu beklagen, daß die günstige Finanzlage Preußens den Anlaß abgiebt, die Reform der direkten Steuern (Einkommensteuer) abermals auf die lange Bank zu schieben. Die Berathung drehte sich hauptsächlich um die Verwendung der Ueberschüsse; man nimmt an, daß der Vorschlag des Finanzministers, die Gemeindelasten durch Zuschüsse zu dem Schulwesen zu erleichtern, durchdringt. Denn ihre Verwendung zu Straßenbauzwecken ginge nur den Landwirthen, besonders den Rittergütern zu Gute, die in Preußen ja noch manche Vorrechte genießen. Es entspricht der Gerechtigkeit, nicht ihnen, sondern vor Allen den Gemeinden, den Lehrern, die Staatsüberschüsse zufließen zu lassen. Ferner wird auch den Pfarrgeistlichen ein Posten von 740,000 Mk. jährlich zufallen und die Staatsbeamten erhalten eine recht annehmbare Aufbesserung ihrer Gehalte, da sie von demselben nicht mehr 6 Mill. Mk. als Beiträge zu den Wittwen- und Waisenpensionskassen abgezogen bekommen.

Die Beschwerde des sozialdemokratischen Abgeordneten Frohme über die Berichte der Fabrikinspektoren hat die Aufmerksamkeit auf die Streiks gerichtet. Frohme wollte es nicht Wort haben, was die Fabrikinspektoren behaupteten, daß einzelne Streiks von außen her durch die Agitatoren in die Arbeiterschaften getragen und die Arbeiter in die Streiks verwickelt wurden. Nicht bei allen, aber doch bei manchen Streiks ist denn doch die Beobachtung gemacht worden, daß sie von den leitenden Agitationsstellen veranlaßt werden. Wollen die Arbeiter nicht mitmachen, so werden sie in Acht und Bann gethan, d. h. aus den Werkstätten hinausgeärgert und es wird ihnen sogar mit Ausschluß aus den Kranken- und Alterskassen der Gewerkvereine gedroht. Wir können deshalb nicht ernsthaft genug darauf dringen, geeignete Organe — gewerbliche Schiedsgerichte — zu schaffen, welchen die Regelung von Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern übertragen wird. Nämlich nicht blos Lohnstreitigkeiten des Einzelnen, wie das jetzt schon in Sachsen geschieht, sondern wir verlangen die Ausdehnung ihrer Befugnisse zu gewerblichen Einigungsämtern, um überhaupt den Ausbruch von Streiks nach Möglichkeit zu verhüten. Solche gewerbliche Einigungsämter werden gewiß nicht alle Differenzen zu allseitiger Befriedigung schlichten können, allein doch die große Mehrzahl derselben. Unsere Kriminalgerichte schaffen ja auch nicht alle Verbrechen aus der Welt; allein ihr Nutzen für die öffentliche Sicherheit wird doch von Niemand bezweifelt. Ebenso zweifellos würden Gewerbegerichte, bei denen Arbeiter und Arbeitgeber vertreten sind, sehr viel zum sozialen Frieden beitragen können. Je größer die Zahl der Menschen wird, welche in ihrer ganzen Existenz von anderen abhängen, desto mehr tritt die Nothwendigkeit hervor, daß öffentliche Organe geschaffen werden, welche diese abhängigen Volksklassen vor Ausbeutung durch diejenigen, von denen sie abhängig sind, schützen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 22. Jan.

Berlin. Reichstag. Das Haus ehrte das Andenken des heute verstorbenen Abg. Waldow-Reitzenstein (conserv.) durch Erheben von den Plätzen und wählte an Stelle Tröndlins Meyer-Jena (nat.-l.) zum Schriftführer. Alsdann ward in dritter Lesung die Vorlage betreffs Einführung der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen mit der Resolution Henneberg auf einheitliche Regelung der Dampfkesselgesetzgebung für das ganze Reich angenommen. Hierauf ward die Berathung des Etats des Innern beim Reichsversicherungsamt fortgesetzt. Abg. Baumbach wünscht die Einführung von Organen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter den Berufsgenossenschaften gegenüber. Die Berufsgenossenschaften-Verwaltung sei im Durchschnitt zu theuer. Die Verwaltungskosten überschritten durchschnittlich die Entschädigungskosten. Jeder einzelne Unfall, der von den Berufsgenossenschaften behandelt worden ist, verursachte 200 Mk. Verwaltungskosten. Staatssekretär von Bötticher findet das Ergebniß im Gegentheil als über Erwarten günstig. Das Umlageverfahren bringe es mit sich, daß die Unfallkosten steigen, während die Verwaltungskosten sich gleich blieben, ja verminderten. Die Privatgesellschaften hätten höhere Verwaltungskosten als die Berufsgenossenschaften. Auf die Anfrage Baumbachs, ob das Alters- und Invaliditätsgesetz noch in dieser Session zu erwarten sei, erwiederte der Staatssekretär, er wünsche dringende Beschleunigung, könne aber den Termin noch nicht angeben. Es handelte sich um einen der wichtigsten Theile der Sozialreform, die indeß damit noch nicht abgeschlossen sei. Die Wittwen- und Waisen-Versorgungsvorlage habe bisher überraschend günstige Aufnahme gefunden. Die Absicht, den Quittungsbüchern den Charakter von Arbeitsbüchern zu geben, liegen der Regierung sehr fern. Dieselbe sei bereit, Garantien dagegen, soweit als möglich zu schaffen. Die Schaffung besonderer Offizialmandatare für die Arbeiter-Interessen sei nach Baumbachs Wunsch schwerlich durchführbar. Abg. Barth (freil.): Die Privatversicherungsgesellschaften seien mit den Berufsgenossenschaften nicht zu vergleichen, weil erstere auch mit zahlreichen kleinen Unfällen zu thun hatten, die den Krankenkassen zu übertragen seien. Abg. Grillenberger beschwert sich über die Behandlung der Arbeiter seitens der Berufsgenossenschaftsvorstände und verlangt nähere Bestimmungen zur Beurtheilung solcher Unfälle, die nur eine theilweise Beschränkung der Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben. Das Berufsgenossenschaftssystem sei ein ganz Verkehrtes. Die Berufsgenossenschaften seien schlimmer als die Privat-Versicherungs-Gesellschaften. Die ganze Altersversicherung erscheine nach der Festsetzung der Altersgrenze von 70 Jahren nur als Manöver zur Einführung der Arbeitsbücher auf Umwegen. Staatssekretär von Bötticher legt das Hauptgewicht auf die Invaliditätsversicherung. Der erwerbsunfähige Arbeiter bedürfe der Versorgung, nicht derjenige ältere Arbeiter, der sich noch ganz leicht erhalten kann. Er bitte die Angelegenheit zu unterstützen, positive Verbesserungsvorschläge zu machen, politische Hintergedanken aber bei Seite zu lassen. Abg. Wahrky (nat.-l.) und Gamp (Reichsp.) vertheidigen die Berufsgenossenschaften gegen die Angriffe Baumbachs und Grillenberger. Das Kapitel Reichsversicherungsamt ward angenommen. Bei den einmaligen Ausgaben (Diäten für die Reichskommission zur Entscheidung für Beschwerden auf Grund des Sozialistengesetzes) wirft Grillenberger der Regierung vor, in Angelegenheit der Schließung der Kräckerschen Druckerei in Breslau ihre Pflicht nicht gethan zu haben. Der Etat des Innern wird angenommen; morgen Reliktenbeiträge. — Das Abgeordnetenhaus nahm eine Reihe Einzel-Etats an. Minnigerode konstatirte, daß die kleineren Staaten durch Vermehrung der preußischen Lotterieloose veranlaßt worden seien, ihre Lotterien zu reduziren, was er mit Genugthuung begrüße. Regierungsseitig wurde mitgetheilt, daß die Nachfrage nach Loosen bereits jetzt wieder größer sei, als die Zahl der Preußischen Loose. Beim Etat Seehandlung tadelte Meyer-Breslau die Mitwirkung der Seehandlung an der russischen Emission 1885, wodurch Deutschland eine Milliarde russischer Papiere aufgenommen habe. Finanzminister Scholz bestreitet letzteres, erklärt aber, daß er den Fehler gerügt und dafür gesorgt worden sei, daß sich derselbe nicht wiederhole. Zur Aufhebung der Seehandlung könne er die Hand nicht bieten, weil sie den Staat unabhängig mache von den großen Finanzmächten, die sonst leicht in Concurrenz zur politischen Gewalt treten könnten. Eynern rügt, daß die Seehandlung ein Effekten- und Spekulationsgeschäft betreibe. Graf Limburg-Minnigerode (cons.) für Beibehaltung der Seehandlung.

Berlin. Das „Tageblatt" meldet: Mackenzie begiebt sich Ende nächster Woche behufs Exstirpation des abgestorbenen Knorpels im Halse des Kronprinzen nach San Remo; dann erfolgt eine ärztliche Consultation. Die Umstoßung des November-Gutachtens (Krebs) ist wahrscheinlich.

Die Berliner Börse begann schwach auf ungünstige politische Nachrichten. Nur für deutsche Bahnen bestand rege Frage und feste Tendenz. Banken waren nachgebend, aber still, ebenso österreichische Bahnen und Bergwerke. Von fremden Renten waren Russen und Ungarn schwächer. Später trat eine allgemeine Befestigung in Folge anhaltender Geldflüssigkeit und besserer Pariser Notirungen ein. Besonders waren ausländische Fonds befestigt. Das Geschäft belebte sich. Nur Renten blieben still. Kassaverkehr und deutsche Bahnen waren fest und besser, österreichische sehr still, Banken abgeschwächt, Bergwerke fest. Für Industrien bestand regeres Interesse. Deutsche Fonds waren fest, österreichische Prioritäten ziemlich behauptet. Privatdiskont 1¾ Prozent.

Frankfurt a. M., 23. Jan. Credit 215¼. Staatsbahn 172½. Lombarden 67½. Galizier —,—. Egypter 74,30. 4proc. Ungar. Goldrente 78,30. Disconto 187,90. 80er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Behauptet.

Wien, 23. Januar. Credit 270,10. Staatsbahn 214,50. Lombarden 81,25. Nordwestb. 153,75. Marknoten 62,25. Ung. Credit 273,25. Fest.

Paris, 23. Januar. (Schluß.) Rente 81,27. Anleihe 107,82. Italiener 94,32. Staatsbahn 430,00, Lombarden 182,50, do. Prioritäten —,—. Spanier 67,00. Egypter 373,12. Ottomanen 503,75. Neue Anleihe —. Türken —. Still.

London, 23. Januar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102½. 1873er Russen 92½. Italiener 93½. Lombarden 7¼. Konv. Türken 13½. 4proc. fundirte Amerikaner 128½. 4proc. Ungar. Goldrente 77¼. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 105. Egypter 73¾. Neue Egypter 100½. Garant. Egypter 103. Ottomanbank 10½. Suez-Actien 83½. Spanier 66⅞. — Stimmung: Fest. — Wetter: Milde.

Amsterdam, 23. Januar. Produkten (Schluß). Weizen per März 192, per Mai —, behauptet. Roggen per März 105, per Mai 101, steigend.

London, 23. Januar. (Produkten) Schluß. Getreide ruhig. Weizen Käufer zurückhaltend, selbst zu ½ Sh. für englischen Weizen, sowie für ½ bis ½ Sh. für fremden Weizen gegen vorige Woche billiger. Mehl ruhig. Mais ¼ Sh. gewichen, Gerste fester, Hafer stetig. — Wetter: Milde.

Paris (Produkten). 23. Januar. (Schluß.) Weizen per Januar 23,80, per Mai-August 24,30, ruhig. Spiritus per Januar 46,25, per Mai-August 47,75, matt. Rüböl per Januar 55,75, per Mai-August 56,50, weichend.

Lokales und Sächsisches.

— Heute früh begiebt sich Se. Majestät der König mittelst Extrazuges vom Böhmischen Bahnhof ab zur Jagd auf Pretzschendorfer Revier. Abends halb 6 Uhr findet die Jagdtafel im Königl. Residenzschlosse statt.

— Se. Majestät der König nahm gestern Vormittag die üblichen Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs entgegen.

— Ihre Maj. die Königin besuchte gestern Mittag in Begleitung der Hofdame Gräfin Einsiedel die auf hiesiger Chemnitzerstraße gelegene Asylstiftung für erwachsene taubstumme Mädchen. Ihre Majestät war über die neugeschaffenen Räume und die gesunde Lage des vor Jahresfrist übergesiedelten Taubstummen-Asyls erfreut und verkehrte in bekannter leutseliger Weise mit den taubstummen Mädchen, besichtigte deren Arbeiten eingehend und sprach vielfach Anerkennung aus.

— Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August unternahm am Sonnabend Nachmittag in Begleitung seines Adjutanten, Hauptmann Freiherrn v. Wagner, die erste Ausfahrt nach seiner Wiedergenesung in den Großen Garten und am Sonntag Nachmittag den ersten Spaziergang. Nachmittags betheiligte er sich an der bereits gestern erwähnten Familientafel im Palais auf der Langestraße.

— Der Oberschaffner 2. Kl. bei der Staatseisenbahnverwaltung Rud. Ahr in Leipzig erhielt das Albrechtskreuz.

— Es ließ sich voraussehen, daß die Wahl des Dr. med. Minckwitz zum Abgeordneten des 7. ländl. Wahlkreises von freisinnigen Blättern in ihrem Sinne ausgebeutet werden würde. Demgegenüber wiederholen wir nochmals die uns von zuverlässigster Seite zugegangene Mittheilung, daß Dr. Minckwitz durchaus auf dem Boden der Partei Schreck-Starke-Streit steht und mit dem Berliner Freisinn nicht das Mindeste gemein hat.

— Landtag. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer führte die Vorberathung über das seinem Hauptinhalt nach bereits mitgetheilte Decret betreffs der Veräußerung und den Erwerb von Grundstücken bei den Landespfleg-, Straf- und Besserungsanstalten zu einer Debatte über die Gefängnißarbeit. Nach einer auf der Journalistentribüne unverständlichen Bemerkung des Abg. Kockel bemerkt Abg. Geyer (Sozialb.), der Zweck der Vorlage sei offenbar ausschließlich der, dem Großgrundbesitz durch die Verdingung billiger Arbeitskräfte aus den Gefängnissen einen Vortheil zuwenden zu wollen. In den Motiven zu der Vorlage vermisse er eine Erklärung, worin denn die „vortheilhaften Kaufanerbietungen" beständen. Wenn die Agrarier dem Decrete ihre Zustimmung gäben, zeigten sie, ebenso wie bei der Berathung über die Herabsetzung des Zinsfußes der Landesculturrenten, daß sie in ihren Zielen uneinig seien. Abg. Uhlemann constatirt, daß in dem Decret weder die Rede von billigen Arbeitskräften, noch vom Großgrundbesitz sei. In der Finanzdeputation A, an die das Decret zu überweisen sei, würde genug Gelegenheit sein, seitens der Regierung die nöthigen Erläuterungen entgegen zu nehmen. In demselben Sinne äußert sich Abg. Wehner. Abg. Geyer bleibt jedoch dabei, daß aus dem Decret die von ihm getadelte Tendenz zu erkennen sei. Abg. v. Oehlschlägel meint, wenn Abg. Geyer der Verhandlung über die Landesculturrenten aufmerksam gefolgt wäre, so hätte er ohne alle Zweifel erkennen müssen, daß die Landwirthe in der Hauptsache alle einig gewesen wären, und daß man nur über die einzuschlagenden Wege eine Uebereinstimmung nicht habe herbeiführen können. Daß die Sozialdemokraten für seinen damaligen Antrag gestimmt, habe ihn im Grunde genommen unangenehm berührt und er hoffe, daß die Landwirthschaft in Zukunft auch ohne deren Hilfe gedeihen werde. Auch über den vorliegenden Fall hätte sich der Abg. Geyer besser orientiren können. Die im landwirthschaftlichen Betriebe beschäftigten Gefangenen müßten beaufsichtigt werden, könnten demnach nicht einzeln an kleinere Besitzer verdingt werden. Er wünsche nicht, daß sich die Großgrundbesitzer durch Reden wie die des Abg. Stolle abhalten ließen, ihre Dienste auch künftig dem Staate anzubieten. Was die Vorlage selbst anlange, so glaube er, daß es vielleicht besser sei, das fragliche Grundstück jetzt nicht zu verkaufen. Abg. v. Vollmar erklärt, die Bemerkung des Vorredners über die Abstimmung der Sozialdemokraten bezüglich der Landesculturrenten